

# Reden wir über

Der Krieg in der Ukraine dauert schon viel zu lang, weil bisher wenige Bemühungen für einen Frieden erkennbar waren. Der Friedensforscher Dr. Thomas Roithner von der Universität

Ein Monat Krieg in der Ukraine soll Berichten zufolge mehr als 1.300 Zivilpersonen das Leben gekostet haben. Millionen von Menschen sind auf der Flucht. Dieser Tage wurden erste Hoffnungen auf Frieden genährt, weil sich Vertreter Russlands und der Ukraine zu Friedensgesprächen bereit erklärt haben. Derweil kamen von der Europäischen Union (EU) keine ernsthaften Bemühungen. Eine Schande, denn EU-Chefin Ursula von der Leyen sprach immer nur von Nachschub an Kriegsmaterial für die Ukraine. Auch unser Land hat international an Ansehen verloren, weil unsere einstige Stärke der Diplomatie nicht mehr sticht.

Friedensforscher sind in Tagen des Krieges gefragt. Das weiß Dr. Thomas Roithner, 50, der an der Uni Wien lehrt. Er betreibt Friedens- sowie Konfliktforschung. Die WOCHE bat ihn zum Gespräch.

## Krieg in der Ukraine ist nicht über Nacht gekommen

Herr Dr. Roithner, verzweifelt ein Friedensforscher an Zeiten wie diesen (Krieg in der Ukraine, Wirtschaftsdesaster durch Krieg und Corona) oder bestärken sie ihn in seinen Bemühungen?

Es ist wie bei einem Rettungsfahrzeug im Einsatz. Wenn es auf uns zukommt, werden die Töne des Signalhornes immer lauter, wenn es an uns vorüber ist, werden sie wieder leiser. So ähnlich ist es mit der Friedens- und Konfliktforschung. Wenn uns ein Krieg unmittelbar betrifft, wird es laut. Wenn es keine Bedrohung gibt, ist es ruhig. Ich bin selten so gefragt wie derzeit.

Welchen Rat kann dann ein Friedensforscher geben?

Der Krieg in der Ukraine hat sich aufgebaut, das war kein Ereignis, das über Nacht gekommen ist. Es ist wichtig zu sehen, welche legitimen Anliegen die Konfliktparteien haben. Dazu ge-



hören unter anderem die NATO-Osterweiterungen, die Wladimir Putin in den vergangenen 25 Jahren immer wieder angeprangert hat. Ebenso die Stationierung von Truppen und Waffensystemen in Osteuropa. Das soll aber den Krieg nicht rechtfertigen. Wenn wir jetzt eine sinnvolle und damit ursachenbasierte Konfliktbearbeitung möchten, muss ich mir die Frage stellen, wo gibt es legitime Sicherheitsbedürfnisse der beiden Seiten und wie können wir Institutionen stärken, die dieses kooperative Element mitbringen.

Welches Element wäre das?

Zum Beispiel die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), eine gesamt europäische Einrichtung, wo eben der Wert genau darin besteht, dass Russland mit an einem Tisch sitzt.

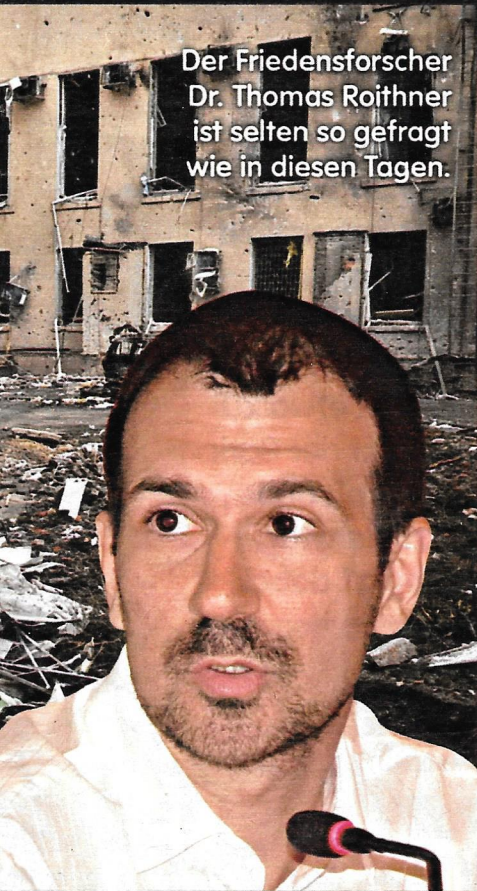
**Aber genau das Gegenteil ist nun der Fall. Russland wird von der EU (als Friedensprojekt gegründet)**

sanktioniert und wurde vom Europarat, dem 46 Staaten angehören, vor wenigen Wochen ausgeschlossen. Wobei die wichtigste Satzung besagt: „Der Europarat hat die Aufgabe, einen engeren Zusammenschluss unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen.“ Von Friedensbemühungen also keine Spur ...

Es gab hinter den Kulissen Gespräche des deutschen Kanzlers Olaf Scholz und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron. Gleichzeitig müssen wir sehen, dass die russische Föderation die NATO als Konfliktpartei sieht. Die Frage ist nun, finden Verhandlungen nach den Regeln, die der Westen gemacht hat, statt, können wir auch mit Verhandlungen durch nicht-demokratische Akteure leben, um den Krieg zu beenden. Leider beobachten wir Friedensforscher aber in den vergangenen 20 Jahren zunehmend die Durchsetzung nationaler

# den Frieden

Wien erklärt, worauf es bei der Konfliktlösung ankommt und wie sehr die Kriegsmaschinerie dem Frieden voraus ist. Vor allem in finanzieller Hinsicht.



Der Friedensforscher Dr. Thomas Roithner ist selten so gefragt wie in diesen Tagen.

ressen auch mit Gewaltmitteln durchzusetzen. Andererseits stecken wir zu wenige Mittel in Kooperationen für nicht-militärische Institutionen. Die friedliche OSZE hat ein Jahresbudget von knapp 140 Millionen Euro. Dagegen will alleine Deutschland 100 Milliarden Euro in die Rüstung stecken. Das ist das Problem: Wir investieren kaum in Einrichtungen, um die Friedens- und Sicherheitsstrukturen zu stärken. Ein wichtiger Punkt ist die Rivalität um Ressourcen wie Erdöl oder Erdgas, auch sie bestimmt, wie friedlich ein internationales System ist.

## Bemühen um Verrechtlichung internationaler Beziehungen

Aber haben internationale Einrichtungen wie die UNO oder der Gerichtshof in Den Haag (Niederlande), die den Frieden stützen sollen, nicht versagt? Obwohl schon unsere Friedensnobelpreisträgerin Bertha von Suttner (1843–1914) derartige Einrichtungen gefordert hat? Ich möchte schon eine Lanze für Suttner und auch Immanuel Kant brechen. Wir bemühen uns um eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen. Ich rede nicht vom gerechten Krieg, den sich einzelne Diktatoren herausnehmen. Eines dieser guten Beispiele ist der Atomwaffen-Verbotsvertrag, 122 Länder haben sich dafür ausgesprochen. Er ist im Vorjahr in Kraft getreten und wurde bereits von mehr als 50 Ländern ratifiziert. Es braucht freilich engagierte Staaten, die sich dem annehmen und einander nähern. Ein wichtiger Punkt des Vertrages ist, dass nicht nur die Sicherheit des Staates in den Mittelpunkt rückt, sondern auch die menschliche Sicherheit. Es soll Entschädigungen für die Opfer der Atombombenabwürfe in Hiroshima und Nagasaki (Japan) geben und für jene, die durch Atomwaffentests Schaden erlitten haben.

## Aber von Suttners Ruf „Die Waffen nieder“ sind wir weit entfernt ...

Es gibt Unterschiede. In Südamerika ist der Import von Waffen um mehr als 50 Prozent in den vergangenen fünf Jahren im Vergleich zu den fünf Jahren davor zurückgegangen, stark auch in Afrika. Jene Region, die in den vergangenen fünf Jahren am meisten Waffen zugekauft hat, ist Europa. Da gab es einen Anstieg um 19 Prozent.

## Sie setzen sich für die Kampagne „Ziviler Friedensdienst Österreich“ ein. Was steckt dahinter?

Es geht darum, lokale Organisationen zu unterstützen, dass sie bei den Ursachen eines Konfliktes, dessen Verläufen und Folgen (Flüchtlinge) entsprechend eingreifen. Die Verhinderung von Gewalt ist wesentlich, ebenso der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Ansätzen. Nicht in Konkurrenz zu den Staaten, als Besserwisser. In Deutschland funktioniert dies seit 20 Jahren. Bei uns wurde der „Zivile Friedensdienst“ ins Regierungsprogramm zwischen ÖVP und den Grünen aufgenommen. Mitwirken werden auch der Internationale Versöhnungsbund, Horizont 3.000 sowie das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung.

## Mit welchem Erfolg?

Wir sind noch nicht operativ tätig. Es gibt daher auch noch kein Geld für den Friedensdienst. In Deutschland stehen jährlich 55 Millionen Euro zur Verfügung. Für die Ausbildung der Experten und deren Einsatz.

## Das ist wenig im Vergleich zu den 100 Milliarden für neue Waffen. Wir ringen noch ein wenig ...

## Was halten Sie von einem

Friedensunterricht in der Schule? Ich sehe die Gesellschaft allgemein gefordert. Gewalt an der Schule ist ohnedies immer wieder ein Thema. Wenn öffentlich über Konflikte gesprochen wird, nehmen wir sie auch wahr. Ich wäre für so einen Unterricht.

Interessen oder von Bündnisinteressen. National ist Trumpf, nicht das Gemeinsame. Damit einher geht der Abbau von Vertrauen in den internationalen Beziehungen. Vor allem zwischen USA und China, deren Verhältnis ist von Misstrauen geprägt. Gerade wir in Europa sollten danach trachten, dass nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt.

Leider wird die Stärke eines Staates durch das Geld definiert. Geld regiert die Wirtschaft, damit die Welt. Ist nicht das Geschäft das Trennende zwischen Staaten, wenn wir uns ansehen, welche Diskussionen es um Erdöl und Erdgas gibt? In den vergangenen Tagen wurde von den EU-Staatschefs ein Grundlagendokument verabschiedet. Es nennt sich „Strategischer Kompass“. Das Ziel ist, eine Militärunion aufzubauen, eine unabhängige Rüstungsindustrie. Das heißt, die EU versucht, ihre Inte-